Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 103. Donnerstag den 12. April 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 18. Stück des diesjährigen **Reichs-Gesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 3. Mai ds. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich ausgehangen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1791. **Gesetz, betreffend die Zurückbeförderung der Hinterbliebenen im Auslande angestellter Reichsbeamten und Personen des Soldatenstandes. Vom 1. April 1888.**

Leipzig, den 9. April 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krambiegel.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch öffentlich bekannt,

1) daß alle in Leipzig wohnhaften Knaben, welche Ostern 1887 und Ostern 1888 aus einer der hiesigen Volksschulen entlassen worden oder von einer höheren Schule abgegangen sind, ohne im letzteren Falle das 15. Lebensjahr vollendet und die Classe erreicht zu haben, welche diesem Alter nach dem Plane der Schule entspricht, zu dem Besuche der **Fortbildungsschule für Knaben** verpflichtet sind;

2) daß die Anmeldung derselben, wenn sie im Bezirk der I. Fortbildungsschule wohnen, bei Herrn Director **Büschmann**, dafern sie sich aber im Bezirk der II. Fortbildungsschule aufhalten, bei Herrn Director Dr. **Stoerl** an den von genannten Herren öffentlich bekannt gemachten Tagen und Stunden zu erfolgen hat;

3) daß hier einziehende Knaben, welche Ostern 1886, 1887 und 1888 aus einer auswärtigen Volksschule entlassen worden sind, beziehentlich unter den bei 1) angegebenen Voraussetzungen eine höhere Lehranstalt verlassen haben, ebenfalls zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichtet und sofort, **spätestens aber binnen drei Tagen nach dem Einzuge,** bei dem Director der Fortbildungsschule ihres Bezirks anzumelden sind;

4) **daß auch diejenigen Knaben in genannter Zeit angemeldet werden müssen, welche aus irgend einem Grunde von dem Besuche der städtischen Fortbildungsschule entbunden zu sein glauben;**

5) daß Eltern, Lehrherren, Dienstherrschaften und Arbeitgeber bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 30 ℳ, die im Falle der Nichterlegung in Haft umzuwandeln ist, **die schulpflichtigen Knaben zu dieser Anmeldung anzuhalten oder letztere selbst vorzunehmen haben,** wie auch **die säumigen Schüler selbst** wegen Unterlassung der Anmeldung und Hinterziehung der Schulpflicht die gleiche Strafe verwirken.

Leipzig, am 5. April 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Lehnert.

Wiesenverpachtung.

Die der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen **Wiesen**

in der Flur Leipzig:

1) **Abtheil. 16 der Ranstädter Viehweide** auf der rechten (von der Stadt aus) Seite der Lindenauer Chaussee an der südlichen Fluthrinne und den Weidenanlagen von 1 ha 11,79 a — 2 Acl. 6 □R.,

2) **Abtheil. 17 derselben** ebendaselbst am Wege vom Kuhthurm nach der verschlossenen Brücke mit Begrenzung durch die Mitte der südlichen Fluthrinne von 1 ha 56,07 a — 2 Acl. 246 □R.,

in der Flur Connewitz:

3) **Pleißenvorfluthbette Abtheil. F.** am linken Pleißenufer oberhalb der Hohen Brücke auf der Zwenkauer Chaussee von 17,34 a — 94 □R.,

in der Flur Möckern:

4) **Parcelle Nr.** 112 des alten / 268 des neuen **Flurbuchs** zwischen der abgebrochenen sog. Bauernbrücke und der Thüringischen Eisenbahn zu beiden Seiten des von ersterer nach der Marienbrücke führenden Fahrwegs von einschließlich eines Stückes Fluthrinne 2 ha 10,2 a — 3 Acl. 239 □R.,

5) **Parcelle Nr.** 141 b des alten / 288 des neuen **Flurbuchs** an der Nahle gegenüber dem Rosenthale von einschließlich eines Stückes Fluthrinne 54,1 a — 293 □R.

Flächengehalt sollen zur Gras-, Heu- und Grummetnutzung mit Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise auf die **neun Jahre 1888** bis mit **1896**

Sonnabend, den 14. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an die Meistbietenden **verpachtet** werden.

Die Versteigerungs- und Verpachtungsbedingungen sowie die betr. Lagepläne liegen in der Expedition unserer Oekonomie-Inspection, Johannisplatz Nr. 9, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 4. April 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 588. Dr. Tröndlin. Cerutti.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der wegen Regulirung des Nicolaikirchhofes erforderlichen Erd-, Macadamisirungs- und Pflasterarbeiten soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Erd-, Macadamisirungs- und Pflasterarbeiten für den Nicolaikirchhof"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 21. April d. J., Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 4. April 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.
Ib. 1112.

Wegen Reinigung der Locale bleiben die Geschäfte des Leihhauses und der Sparcasse für

Donnerstag, den 12. d. Mts.

ausgesetzt.

Leipzig, den 9. April 1888

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases **betrug in der Zeit vom 2. bis mit 8. dieses Monats** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und **150 Litern** stündlichem Consum das 18,2fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,438.

Leipzig, am 10. April 1888.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Bei unserem Stadtorchester, welches den Dienst im Stadttheater, in der Kirche und dem Gewandhausconcert zu versehen hat, soll möglichst bald die Stelle eines **Aspiranten für die Viola,** welche mit einem Jahresgehalt von 1000 ℳ ausgestattet ist, besetzt werden.

Geeignete Bewerber, welche sich einem Probespiel zu unterziehen haben, wollen ihre Gesuche (event. mit Zeugnissen) bis spätestens

zum 20. April d. J.

bei uns einreichen.

Die Anstellung hat zunächst auf ein Probejahr zu erfolgen.

Leipzig, den 10. April 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi,
Ia. 2220. Oberbürgermeister. Wilisch, Act.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der **Trottoirarbeiten** auf dem Nicolaikirchhof soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Trottoirarbeiten für den Nicolaikirchhof"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 21. April dieses Jahres Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 4. April 1888

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbaudeputation.

Bekanntmachung.

Von Montag den 16. dss. Mts. an soll in den städtischen Schleusen Gift zur Vertilgung der Ratten aufgestellt werden.

Wir fordern alle hiesigen Grundstücksbesitzer bez. Grundstücksverwalter auf, in ihren Gebäuden und insbesondere in den Privatschleußen für Beseitigung der Ratten gleichzeitig besorgt zu sein und bemerken, bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung vom 26. Mai 1884, daß der nördliche Bezirk der Stadt dem Kammerjäger Herrn Carl Fritzsche in Eutritzsch, der südliche aber dem Kammerjäger Herrn Louis Graf hier überwiesen ist.

Leipzig, den 7. April 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 1296. Dr. Georgi. Dr. Kruppendorff.

Nichtamtlicher Theil.

Der Ministerwechsel in Rumänien.

Das Ministerium Rosetti hat sich am 4. April den Kammern vorgestellt und bei diesem Anlaß um das Vertrauen der Volksvertretung gebeten, ohne welches eine geordnete Regierung nicht möglich sei. Die Mehrheit in beiden Kammern hat darauf beschlossen, das Budget zu bewilligen und das Cabinet in seinem Streben, die Wahlen bis zum Herbst zu verzögern, nicht zu stören. Die Minderheit, an deren Spitze Catargin steht, hat jedoch erklärt, dem Ministerium nur unter der Bedingung baldiger Neuwahlen seine Unterstützung zu leihen. Nachdem so die Lage noch möglichst geklärt war, trat der Minister des Auswärtigen Peter Carp am 9. April mit einer Erklärung hervor, welche Aufschluß über die auswärtige und die innere Politik des Ministeriums giebt. Der Beschuldigung, daß die Politik Rumäniens sich in Abhängigkeit von Deutschland befinde, erwiderte Carp: Insofern als Deutschland sich in seiner auswärtigen Politik durch die Rücksicht auf die geschichtliche Entwickelung seiner inneren Verhältnisse leiten lasse, sei die Regierung allerdings eine Anhängerin der deutschen Politik, weil auch sie die Verbesserung der inneren Lage des Landes ausschließlich im Auge habe. Der König habe die jetzigen Minister berufen, weil sie den Parteien vollständig neutral gegenüberständen und stets unparteiisch bleiben würden. Die Frage der Neuwahlen berührend, sagte Carp, daß die Auflösung gegenwärtig unmöglich sei, es müsse die Beruhigung der aufgeregten Gemüther abgewartet werden. Am Schluß wiederholte Carp die bereits am 4. vom Ministerium geschehene Aufforderung an die Kammer, das Budget zu bewilligen, die Regierung werde die Bewilligung nicht als Kundgebung des Vertrauens, sondern als eine patriotische Handlung ansehen.

Man erkennt aus dieser Erklärung, daß die Lage fortdauernd schwierig ist und daß König und Ministerium bestrebt sind, unter Schonung der nationalen Empfindlichkeiten allmälig wieder in ruhige Bahnen einzulenken. Den Hauptstein des Anstoßes bildet noch immer wie schon in der entscheidenden Kammersitzung vom 22. März der Vorwurf, daß Rumänien den Weisungen folge, welche ihm von Berlin aus ertheilt werden; die rumänische Armee stehe in Abhängigkeit von der deutschen und Bratiano sei lediglich ein Werkzeug des deutschen Reichskanzlers. Noch am 27. März behauptete der oppositionelle Abgeordnete Jonescu, daß Bratiano lediglich auf Anrathen des Fürsten Bismarck wieder die Leitung der Regierung übernommen habe. Bei solcher Erregtheit der Leidenschaften war es Bratiano nicht möglich, an der Spitze der Regierung zu bleiben, und es wurde zu dem Auskunftsmittel eines neutralen Ministeriums geschritten, welches wesentlich aus jungconservativen Elementen besteht, das heißt aus solchen, welche, wie Carp und Majorescu, ihre Bildung im Auslande, und zwar vorwiegend in Deutschland erworben haben und deshalb auch deutschen Einrichtungen zugethan sind, ohne deshalb gegen andere Völker eine feindliche Haltung anzunehmen. Früher war das bestimmende Merkmal für die Entwickelung Rumäniens die Vorliebe für Frankreich, und deshalb steht auch die Bojarenpartei, deren Führer fast sämmtlich einen Theil ihrer Jugend in Frankreich verlebt haben, auf dem panslavistischen Standpuncte, welcher in der Erhaltung Frankreichs in seiner heutigen und womöglich Wiederherstellung der im Jahre 1870 verlorenen Machtstellung das Heil der Zukunft erblickt. Die Schlußfolgerungen, welche sich aus der leidenschaftlichen Vorliebe für Frankreich ergeben, ziehen diese Politiker nicht, sie machen sich nicht klar, daß sie damit die Geschäfte Rußlands führen und die Selbstständigkeit Rumäniens aufs Spiel setzen. Deshalb fand man auch den Vertreter Rußlands, Hitrowo, bei der gegen Bratiano gerichteten Straßenkundgebung mitten unter den von Catargin aufgebotenen Massen, und der Sieg der Opposition wurde von ihm als ein Sieg der russischen Politik betrachtet.

Der König hat sich zwar nicht der Zumuthung gefügt, die Mitglieder der Opposition zu empfangen, als diese stürmisch eine Audienz verlangten, aber er hat das Ministerium entlassen, welches sich ihre leidenschaftliche Feindschaft zugezogen hatte. Die Mehrheit der Kammern steht auf der Seite Bratiano's, aber dadurch wurde das Verbleiben dieses Ministers auf seinem Posten nicht ermöglicht, weil die Opposition auch vor offenen Gewaltthaten nicht zurückschreckte, wie die Ereignisse des 27. März gezeigt haben. Bezeichnend für die rumänischen Verhältnisse ist, daß der Deputirte Fleva, welcher mit dem Revolver in der Hand verhaftet wurde und bei der Straßenkundgebung eine Hauptrolle spielte, jetzt als Bewerber um ein Portefeuille auftritt, angeblich als Nachfolger des Finanzministers Obermann, auf dessen Rücktritt er sich Hoffnung macht. In einem unparteiischen Ministerium ist aber für Männer wie Fleva und Filippesco kein Raum, das geht aus der von Carp verlesenen Erklärung unzweifelhaft hervor. Das gegenwärtige Ministerium hat die Aufgabe, durch ruhige und besonnene Fortführung der Geschäfte für Abkühlung der Leidenschaften Sorge zu tragen, und wenn dies gelungen ist, Neuwahlen auszuschreiben, welche hoffentlich die revolutionären Elemente in der Volksvertretung verringern werden. Es wird dabei hauptsächlich darauf ankommen, ob die Werkzeuge Rußlands den Boden für weitere Aufstandsversuche in Rumänien für geeignet erachten oder ob sie sich ruhig verhalten werden.

Der leitende Gedanke für die Ernennung der Mitglieder des Ministeriums Rosetti scheint deren Stellung zu dem Bündniß der Centralmächte gewesen zu sein. Der Minister des Auswärtigen Peter Carp war längere Zeit Vertreter Rumäniens in Wien und der Unterrichts- und vorläufige Handelsminister Majorescu war Gesandter Rumäniens am Berliner Hofe. Beide Persönlichkeiten sind in Berlin und Wien wohl angesehen und stehen durchaus auf der Bildungshöhe ihrer Zeit. Die leidenschaftliche Rücksichtslosigkeit eines Catargin oder Fleva ist allerdings bei ihnen nicht zu finden, dafür bieten sie aber durch ihre Vergangenheit Gewähr, daß Rumänien nicht in verderbliche Abenteuer verwickelt wird. Die unaufhörlichen Versuche, in Bulgarien, Rumänien und Serbien unter jeder Bedingung einen Umschwung der bestehenden Verhältnisse zu Gunsten Rußlands herbeizuführen, sind zu sonnenklar, als daß ihr Ursprung verkannt werden könnte. Dieselbe Hand, welche in Serbien das Ministerium Ristitsch auf den Schild hob und in Bulgarien den Fürsten Alexander entthronte, ist auch in Rumänien die Ursache des Rücktritts Bratiano's und der Ausschreitungen, welche die Ruhe und Ordnung in Rumänien gestört haben. Die Absicht der Bojarenpartei ist noch heute darauf gerichtet, die Regierung zur sofortigen Ausschreibung von Neuwahlen zu nöthigen, um unter dem Druck der Gewalt eine Kammer zu Stande zu bringen, welche Catargin und seinen Gesinnungsgenossen das Heft in die Hände giebt. Was in diesem Falle zu erwarten wäre, haben die Vorgänge vom 26. und 27. März gezeigt; der König würde dann aufhören, Herr im Lande zu sein und wäre genöthigt, einem Lande den Rücken zu wenden, in welchem er seit 22 Jahren zur Freude aller Anhänger von Ruhe und Ordnung das Scepter gleich rühmlich im Frieden wie im Kriege geführt hat.

Dem König von Serbien ist es gelungen, über die gleichartige Strömung in seinem Lande die Oberhand zu gewinnen. Der Rücktritt des Ministeriums Ristitsch und das Ergebniß der letzten Wahlen für die Skupschtina haben gezeigt, daß König Milan wieder vollkommen Herr der Lage ist, und er hat es an thatkräftigen Kundgebungen seiner königlichen Macht nicht fehlen lassen, um den Widersachern seiner Regierung und den Ruhestörern zu zeigen, daß er der König ist. Den Mitgliedern der Skupschtina erklärte er, daß er sich zwar an Das, was er mit den Führern der radicalen Partei im vorigen Jahre abgemacht habe, gebunden erachte, daß er aber mit aller Kraft den Bestrebungen entgegentreten werde, welche unabhängig von Skupschtina und Regierung sich im Lande die Herrschaft anmaßen. Die Formen des Constitutionalismus in Rumänien sind mehr der Neuzeit entsprechend als in Serbien, aber König Karol hat seit langer Zeit bewiesen, daß er seine Rechte zu wahren weiß.

Leipzig, 12. April 1888.

* Das Reichsgesetzblatt verkündigt das **Gesetz,** betreffend die unter **Ausschluß der Oeffentlichkeit** stattfindenden **Gerichtsverhandlungen** vom 5. April 1888. Bekanntlich hatten auch in diesem Gesetz die Deutschfreisinnigen einen Verrath an den Freiheitsrechten erblickt.

* Zur Frage der Regelung des **Apothekenwesens** schreiben die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten":

Wir haben schon neulich darauf hingewiesen, daß die Beunruhigung, wie sie seit einiger Zeit in den Kreisen der Apotheker Platz gegriffen, eine Begründung nicht habe. Jetzt bringt die „Apotheker-Zeitung", das Organ des deutschen Apothekervereins, welchem ca. 3000 Apotheker im deutschen Reiche angehören, eine Darstellung der ganzen Angelegenheit, welcher wir Folgendes entnehmen: Auf Beschluß des Vorstandes des deutschen Apothekervereins sandte sich der Vorsitzende Herr Senator Dr. Brunnengräber-Rostock bei dem Herrn Cultusminister von Goßler am Sonnabend eine Audienz, welche sofort gewährt wurde. In der Unterredung wies der Herr Cultusminister, welcher ohne Zweifel der ganzen Angelegenheit ein warmes Interesse entgegenbringt, auf die auch von dem deutschen Apothekerverein und dessen Vorstande so oft anerkannten Mißstände des jetzigen Concessionswesens hin und machte besonders darauf aufmerksam, daß durch das auf seine Veranlassung im Cultusministerium seit Jahren gesammelte statistische Material der Nachweis erbracht sei, daß diese Mißstände einen Umfang angenommen hätten, welcher die zwingende Nothwendigkeit darthäte, die Frage der Reform des Concessionswesens wieder in Fluß zu bringen. Es sei ein Irrthum, zu glauben, daß in der allernächsten Zeit die Regelung des Concessionswesens zum gesetzlichen Abschluß gebracht werden könnte. Die Angelegenheit werde allerdings zur Zeit eingehend erwogen und erörtert, es sei auch bereits ein diesbezüglicher Entwurf seitens des betreffenden Dezernenten ausgearbeitet; indeß habe der Entwurf selbst innerhalb des Cultusministeriums noch nicht alle nothwendigen Stadien durchlaufen. Wann dies geschehen sein wird, soll der Entwurf benutzt werden, um eine gesetzliche Regelung der Apothekerfrage für das Reich durch die Reichsbehörden anzuregen. Eine erlöschende Kraft dem zu erlassenden Gesetze beizulegen, liege nicht in der Absicht. Zu einer Beunruhigung, wie dieselbe weitere Kreise des Apothekerstandes ergriffen zu haben scheint, liege somit keinerlei Anlaß vor.

Auch aus einer Unterredung mit dem Herrn Unterstaatssecretair Dr. Lucanus nahm Herr Dr. Brunnengräber, wie die „Apotheker-Zeitung" mittheilt, die Ueberzeugung mit, daß bei dem Bestreben, die Frage der Reform des Apothekenwesens im Sinne der Interessen der Allgemeinheit im Wege der Reichsgesetzgebung zum Abschluß zu bringen, doch auch die Absicht vorhanden sei, den Interessen des Apothekerstandes gerecht zu werden und die bestehenden Verhältnisse mit größter Schonung zu behandeln.

In Bezug auf die Frage, wie das Interesse des Apothekerstandes bei der reichsgesetzlichen Neuordnung des Apothekenwesens gewahrt werden könne, wurde vom Vorstand des genannten Vereins beschlossen:

Eingaben an Se. Durchlaucht den Herrn **Reichskanzler** sowohl wie an Se. Excellenz den Staatssecretair im Reichsamt des Innern, Staatsminister von Boetticher, zu richten, in welchen unter Bezugnahme auf die jüngsten Vorgänge die vom deutschen Apothekerverein befürworteten und schon bei früheren Gelegenheiten verfochtenen Grundsätze einer Reform eingehend dargelegt werden sollen.

* Auf Veranlassung des Herrn Staatssecretairs Dr. v. Stephan sind in denjenigen Orten, wo es an anderen Sammelstellen fehlt, die Reichs-Postanstalten zur Entgegennahme von Spenden für die Ueberschwemmten ermächtigt worden.

* Herr Rickert sucht gegenwärtig im südlichen Baden, in Freiburg und Lörrach, die todte Sache des Deutschfreisinns zu beleben. Ueber sein Auftreten in Freiburg wird dem „Frankfurter Journal" von dort geschrieben: „Die große Halle war zum Ersticken voll, nicht aber weil es hier viele Deutschfreisinnige giebt, sondern weil es keine Anhänger der Partei Rickert's hier giebt. Ein deutschfreisinniger Redner ist in Freiburg eine Seltenheit, die einen gewissen Reiz ausübt. Es kann kühn behauptet werden, daß der in rhetorischer Hinsicht sehr achtenswerthe Vortrag Rickert's nicht den geringsten positiven Erfolg erzielt hat. Es wurden alle die Klagen gegen die Nationalliberalen, die wir hier seit Jahr und Tag von ultramontaner Seite zu hören gewohnt sind, gestern mit deutschfreisinniger Einfassung vorgetragen, die Haltung der Richter'schen Partei in der Septennatsfrage gerechtfertigt, das Lied von den an die Wand gedrückten Nationalliberalen gesungen und im Uebrigen weidlich gegen das Cartel gezetert." Wir unsererseits fügen dem noch hinzu, daß das ganz überwiegend katholische Freiburg ein Wahlkreis ist, der den Ultramontanen nur bei äußerster Kraftanstrengung und festem Zusammenhalten aller übrigen Richtungen streitig gemacht werden kann. Seit langen Jahren ist es zum ersten Male bei den vorjährigen Wahlen wieder gelungen, den Ultramontanen das Mandat zu entreißen und eine nationalliberale Wahl zu Stande zu bringen. Und in einem solchen Wahlkreis, wo doch jeder Boden für die Parteibestrebungen des Herrn Rickert fehlt, deutschfreisinniges Unkraut auszujäten und auf die Nationalliberalen zu schelten, hält Herr Rickert augenblicklich für zeitgemäß und patriotisch.

* Für die Reichstagswahl in Altona-Iserlohn ist am verflossenen Sonntag Commerzienrath **Herbes** als nationalliberaler Candidat definitiv aufgestellt worden. Fortschrittlich-ultramontaner Candidat ist bekanntlich Herr **Langerhans.**

* * *

* **Aus Petersburg** wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Die **Kanzlerkrisis** in Deutschland drängt hier alle anderen politischen Interessen in den Hintergrund. Wer weiß, wie zäh die Russen bisher an dem unbegreiflichen Vorurtheil festhielten, daß Fürst Bismarck, wie immer er auch äußerlich auftrete, im Geheimen doch die Seele alles Widerstandes gegen russische Pläne sei, der wird begreifen, wie groß die Ueberraschung war, welche die Nachrichten der „Kölnischen Zeitung" hervorriefen und welches ungläubige Mißtrauen man denselben entgegenbrachte. Die Presse äußert ihren Argwohn darüber, ob der Verlobungsplan der wahre Grund der Krisis sei, und verwundert sich darüber, daß Rußland in der Angelegenheit eine so große Rolle spiele. Man will eben nicht glauben, daß Bismarck ein Freund Rußlands sei. Am bestialsten und sinnlosesten wüthet der „Swjet" gegen Bismarck; dieses panslawistische Hetzblatt geht so weit, zu behaupten, Fürst Bismarck wolle nur darum die Verlobung nicht zugeben, weil der Battenberger als Schwiegersohn des Kaisers nicht mehr Fürst von Bulgarien werden könne; die ängstliche Sorge, Rußland nicht zu verstimmen, sei nur Schein; die Besserung der gegenseitigen Beziehungen sei das ausschließliche Verdienst des Kaisers Friedrich. Bismarck wolle nur deshalb abgehen, weil der Kaiser ihm nicht habe öffentlich seinen Dank für die Abschließung des Bündnisses mit Oesterreich und Italien aussprechen wollen. Ungefähr dieselbe Auffassung, wenn auch in milderer Form, tritt in den andern Blättern wie in der öffentlichen Meinung zu Tage. Es zeigt sich wieder, wie sich die russische Presse die Friedensliebe des Kaisers Friedrich im Gegensatz zur Bismarck'schen Staatskunst vorstellt; diese Friedensliebe, welche die Russen wollen, soll den Frieden verbürgenden Bündnissen feindlich oder wenigstens gleichgiltig gegenüberstehen. Wie es den Kaiser Friedrich beleidigen würde, wollte man ihn gegen derartige Urtheile in Schutz nehmen, so ist die Stimme der Presse in diesem Falle keineswegs im Einklang mit der Auffassung, welche die Angelegenheit an höchster Stelle findet.

* Bei einer in der Großen Morskaja in **St. Petersburg** vorgenommenen Verhaftung scheint es sich um ein Complot gegen den Minister des Innern, den Grafen Tolstoi, gehandelt zu haben. Man hat, wie der „Times" aus St. Petersburg gemeldet wird, in der Wohnung des Verhafteten eine große Menge revolutionairer Schriftstücke gefunden, auch seien sein Bruder und mehrere andere junge Leute verhaftet worden. Es scheine, daß der Verhaftete dem Grafen Tolstoi auf dem Wege von dessen Amtswohnung nach dem Reichsrath in der Großen Morskaja habe erschießen wollen. — Nach dem „Siècle" hat man in St. Petersburg bei einer Dame, die sich das Leben genommen, sechzehn Dynamitbomben gefunden und man vermuthet, daß dieselben zu einem Attentat auf den Zaren bestimmt gewesen seien.